

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.06.2024
Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:11 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Rosema, Swantje

SPD-Fraktion

Rehling, Gertrud
Wilts-Heuse, Amke

(ab 16:25 Uhr)
für Doris Kruse (bis 17:42 Uhr)

CDU-Fraktion

Ohling, Albert
Risius, Andrea

(ab 16:15 Uhr)
(bis 17:17 Uhr)

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André
Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

von Gliszczynski, Alexander

(ab 16:44 Uhr)

GfE-Fraktion

Martens, Michael

Beratende Mitglieder

Albrecht, Evgeniya
Fietz, Henning
Janssen, Holger
Kamer, Stefan
Kröger-Vodde, Erasmus

für Robin Löbnitz

für Stephan Fielers

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Schabler, Martin
Lisson, Carsten
Bloem, Angela
Meyer, Karl-Ingo
Müller, Berend
Obes, Dirk, Dr.
Post, Hinrich
Strauch, Constantin
Wermuth, Wilma
Imamovic, Edvija

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

Lauts, Mathias
Petersen-Bruns, Nomdine

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Gast
Leiß, Bernd

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Rosema teilt mit, die Tagesordnung werde um den Tagesordnungspunkt 2.1 „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ ergänzt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Rosema nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitgliedes Frau Evgeniya Albrecht gemäß § 54 (3) NKomVG vor und begrüßt Frau Albrecht als neues Ausschussmitglied.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Sachstandsmitteilung 1 Jahr Bürgergeld
Vorlage: 18/1044

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

Herr Leiß stellt den Sachstandsbericht zur Einführung des Bürgergelds anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Abschließend erklärt er, dass das Thema Bundeshaushalt dem Jobcenter große Sorgen bereite, da es auch sie betreffen würde. Vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales hätten sie eine erste Kalkulation für den Haushaltsentwurf 2025 erhalten. Dieser befinde sich noch im Prozess, doch falls der Entwurf so bleibe, würde das aktuelle Budget von 10,1 Mio. € um gut 2 Mio. € gekürzt werden, was fast 20 % entspreche. In diesem Fall könnte man nur noch die notwendigsten Förderungen umsetzen. Er bittet die Anwesenden darum, ihre Bundestagsabgeordneten frühzeitig auf diese Problematik hinzuweisen, um dafür zu sorgen, dass die Kürzungen in dieser Form vielleicht ein Stück weit an ihnen vorbeigehen könnten. Andernfalls werde es schwierig, den Kundinnen und Kunden zu helfen.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kamer bedankt sich für den Vortrag. Er möchte wissen, wie sich die Kürzungen von bis zu 20 % konkret auswirken würden und bittet um Informationen hinsichtlich der Leistungen nach §§ 16h u. 16i SGB II. Er erkundigt sich nach der Anzahl der Anträge, die gestellt und bewilligt worden seien, sowie nach den möglichen Auswirkungen auf das Qualifizierungschancengesetz im Jahr 2025. Außerdem weist er darauf hin, dass es in seinem beruflichen Alltag oft schwierig sei, eine Bewilligung über das Qualifizierungschancengesetz zu erhalten.

Herr Leiß antwortet, dass man vor einiger Zeit noch etwa 70 Förderfälle im Bereich 16i gehabt habe, diese Zahl jedoch sukzessive zurückgefahren werde. In diesem Jahr hätte man vielleicht noch zwei neue Fälle bewilligt, da die langfristige Bindung von Geldern durch diese Förderungen ein Problem darstelle, insbesondere im Hinblick auf mögliche Budgetkürzungen im Jahr 2025. Daher könnten aktuell nur sehr wenige neue Förderungen bewilligt werden. Im Bereich 16h gebe es in diesem Jahr noch einen Fall, aber auch hier stehe man vor der Frage, was im nächsten Jahr angesichts der Haushaltslage noch umgesetzt werden könne. Die berufliche Qualifizierung sei ein besonderes Thema, da die Bundesregierung beschlossen habe, dass die Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahmen im Jahr 2025 nicht mehr vom Jobcenter, sondern von den Agenturen durchgeführt werde. Man sei noch im Abstimmungsprozess mit der Agentur, um sicherzustellen, dass den Kunden keine Nachteile entstehen.

Herr Göring bedankt sich für den interessanten Vortrag. Er berichtet von vielen Enttäuschungen, aber auch positiven Entwicklungen bei Mitarbeitenden, die über 16i finanziert worden seien. Er bedauert, dass nicht mehr Mittel zur Verfügung stünden und fragt nach den aktuellen Entwicklungen bezüglich der Karennzeiten bei Wohnungen. Zudem erkundigt er sich, ob es durch die Einführung des Bürgergeldes Veränderungen hinsichtlich der Widersprüche und Klagen gegeben habe und ob bereits Zahlen dazu vorliegen würden.

Herr Meyer erklärt, dass Kundinnen und Kunden nicht aufgefordert würden, die Unterkunftskosten zu senken, wenn die Wohnung zu groß sei. Es komme vielmehr darauf an, wie hoch die tatsächliche Bruttokaltmiete sei. Eine Aufforderung zur Kostensenkung erfolge nur, wenn die Wohnung extrem teuer sei. Zahlen zu Widersprüchen und Klagen könnten über das Protokoll nachgereicht werden. Er fügt hinzu, dass es keinen signifikanten Anstieg bei Widersprüchen und Klagen seit der Einführung des Bürgergeldes gegeben habe. Das Jobcenter gewinne etwa 75 % der Klagen und der Widersprüche.

Anmerkung der Protokollführung:

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

Im Jahr 2023 ist ein leichter Anstieg der Widersprüche und Klagen festzustellen. Ob dies jedoch allein auf die Einführung des Bürgergeldes zurückgeführt werden kann, ist stark in Frage zu stellen.

Mit Beginn der Corona-Pandemie und den sich daraus ergebenden rechtlichen Änderungen zum vereinfachten Zugang von Leistungen nach dem SGB II (erhebliche Erhöhung der Vermögensgrenze, Einführung der Karenzzeiten für Kosten der Unterkunft (KdU)) war ein deutlicher Rückgang der Widersprüche und Klagen zu verzeichnen. Mit Einführung des Bürgergeldes wurden diese Karenzzeiten bei den KdU sowie dem Schonvermögen angepasst bzw. endgültig begrenzt. Nunmehr gilt in diesen Fällen grds. eine einjährige Karenzzeit, so dass mit Ablauf des Jahres 2023 in Fällen mit mehr als einjährigem Leistungsbezug diese Karenz entfallen ist.

Im Jahr 2023 ist zwar ein Anstieg zu verzeichnen; allerdings bewegen sich die Werte auf dem Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie. Insofern ist nicht davon auszugehen, dass die Einführung des Bürgergeldes hier maßgeblich ist, sondern vielmehr das Auslaufen der bereits genannten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die Pandemie.

Zum Nachweis wird auf die nachstehende Zeitschiene verwiesen.

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Zugang an Widersprüchen	486	478	450	369	352	320	433	196
Zugang an Klagen	87	73	61	37	23	19	51	27
Zugang an einstweiligem Rechtsschutz	7	10	8	3	6	11	9	2

In der Einzelauswertung der Widersprüche zeigt sich eine Häufung bei der Anfechtung von Aufhebungs- und Erstattungsbescheiden, der Anrechnung von Einkommen, der Angemessenheit der Grundmiete sowie der Frage nach den Anspruchsberechtigten und der grundlegenden Hilfebedürftigkeit. Diese Häufung besteht kontinuierlich in den in der Zeitschiene enthaltenen Jahren. Allein bei den Aufhebungs- und Erstattungsbescheiden, der Anrechnung von Einkommen, der Frage der Aufrechnung von Forderungen sowie der Frage der grundlegenden Hilfebedürftigkeit (§ 9 SGB II) ist der Zuwachs im Jahr 2023 im Verhältnis zu 2022 auffällig.

Die Qualität der Arbeit im Jobcenter ist auf einem sehr guten Niveau. Dies zeigt sich in der „Erfolgsquote“ (gewonnene Verfahren) der durchgeführten Widerspruchsverfahren. Mehr als 60 % der eingelegten Widersprüche sind ohne Erfolg, wie die nachstehende Zeitreihe darlegt.

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023
Erfolgsquote	64,7%	60,5%	69,0%	65,5%	67,3%

In der Einzelauswertung der Klagen zeigt sich keine besondere Häufung mehr. Hier bewegen sich die Werte auf dem Niveau vor der Corona-Pandemie.

Die Erfolgsquote (bezogen auf verlorene Verfahren vor dem Sozialgericht) hier (sh. nachstehende Zeitreihe) ist noch eindeutiger und liegt derzeit um die 90 %.

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023
Erfolgsquote	72,4%	93,9%	89,5%	86,7%	90,5%

Zur Vereinfachung wurden bei den Erfolgsquoten teilweise Stattgaben bzw. das teilweise Nachgeben in Gerichtsverfahren als „Stattgabe“ gewertet (schriftliche Mitteilung von Herrn Meyer v. 16.07.2024).

Herr Grendel ergänzt, dass der Sinn der 16i-Maßnahmen ursprünglich nicht die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt gewesen sei, sondern eine Teilnahme von Langzeitarbeitslosen am Arbeitsmarkt herzustellen. Diese Maßnahmen seien mit hohen Kosten verbunden, da die geförderten Personen nach Tarif bezahlt würden. Es sei jedoch sehr erfolgreich und auch bei der

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

Stadt Emden habe es ca. 12 Stellen davon gegeben, wobei einige ebenfalls zu Folgebeschäftigungen geführt hätten. Er betont, dass es sehr gut sei, solche Förderungen weiterzuführen, jedoch eine andere Finanzausstattung erforderlich sei, möglicherweise unabhängig vom eigentlichen Jobcenter-Budget für Eingliederungsleistungen. Hinsichtlich der Wohnungsgrößen erläutert er, dass diese wichtig seien, weil sie als Anhaltspunkt für die Mietwertübersicht dienten, die später die Angemessenheitsgrenzen bestimme.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Wahrnehmung der Überwachung von Offshore-Anlagen in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Nordsee in Bezug auf die Anforderungen des Infektionsschutzgesetz durch das Gesundheitsamt der Stadt Emden
Vorlage: 18/1262

Herr Lauts stellt sich kurz vor und präsentiert anschließend die Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben von Offshore-Anlagen in der AWZ Nordsee anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Grendel bedankt sich für den Vortrag und betont, dass das Verfahren, das gemeinsam entwickelt worden sei, ohne die Bereitschaft und den Einsatz von Herrn Lauts nicht hätte umgesetzt werden können.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 6 Bericht zur Flüchtlingssituation in Emden;
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 21.02.2024
Vorlage: 18/1260

Herr Lisson erklärt, dass die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 zusammengefasst wurden und man sich entschieden habe, eine umfassende PowerPoint-Präsentation zu erstellen. Diese solle die drei Anträge und die Anfrage gemeinsam behandeln. Da der Fachbereich 500 die Anfragen nicht allein beantworten konnte, habe man Unterstützung aus den Fachbereichen 400 und 600 hinzugezogen.

Frau Rosema fragt die Anwesenden, ob sie mit dem Vorgehen einverstanden seien, was bejaht wurde.

Herr Post (FDL 432), **Frau Petersen-Bruns** (FD 432), **Frau Imamovic** (FD 551), **Herr Strauch** (FDL 550.2), **Herr Leiß** und **Frau Bloem** (komm. FDL 651.4) stellen die Beantwortung der Verwaltung zu den Anträgen der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 21.02.2024 (Vorlage 18/1260) und 21.03.2024 (Vorlage 18/1259), dem Antrag der CDU-Fraktion vom 10.04.2024 sowie der Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.04.2024 (Vorlage 18/1263) anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

Zu Folie 9 erläutert **Frau Petersen-Bruns**, dass Abschiebungen aus verschiedenen Gründen scheitern würden, dazu gehörten die Bürokratie in Deutschland und den Aufnahmeländern, die fehlende Mitwirkungs- und Aufnahmebereitschaft der Aufnahmeländer sowie Identitätsprobleme der abzuschiebenden Personen. Weitere Hindernisse seien, dass sich Betroffene dem Zugriff entziehen (tauchen unter, fliehen), keine gültigen Papiere vorliegen oder kurz vor der Abschiebung noch Dokumente vom aufnehmenden Land angefordert würden. Auch Heiraten oder plötzliche Elternschaften könnten Abschiebungen verzögern. Der Verwaltungs- und Organisationsaufwand für die Erfüllung der Regularien und Beschaffung der Papiere sei erheblich und könne Monate dauern.

Herr Grendel bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen für die gemeinsame Präsentation. Er betont, dass es sinnvoll sei, die Anträge in einer zusammenhängenden Darstellung zu präsentieren, um den Gesamtzusammenhang besser zu vermitteln. Trotz der Zusammenfassung habe man den Zeitrahmen seiner Ansicht nach gut eingehalten.

Frau Rosema schließt sich dem Dank an und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls bei den Vortragenden und gibt zu, dass er anfangs skeptisch gegenüber der Zusammenführung der Anträge gewesen sei. Da jedoch alle Fragen beantwortet wurden, habe er keine weiteren Nachfragen.

Herr von Gliszczynski schließt sich dem Dank an und fügt hinzu, dass die Anfrage seiner Fraktion gut beantwortet worden sei. Er werde die Ergebnisse in der Fraktion besprechen und prüfen, ob daraus ein Antrag folgen werde.

Herr Ohling schließt sich dem an und bedankt sich für den ausführlichen Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Migrationsberatung in Emden;
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 21.03.2024
Vorlage: 18/1259

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Bericht zur Arbeitspflicht nach dem AsylbLG;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.04.2024
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.04.2024
Vorlage: 18/1263

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lisson teilt im Auftrag von Frau Schneider und Frau Hilbers aus dem Fachdienst Sozialhilfe mit, dass es aktuell eine Kita in Pewsum mit zwei Sprachheilgruppen gebe, in denen vor allem Kinder aus Emden betreut würden. Aufgrund der Schließung zum 31.03.2024 der AWO Tagespflege in Emden sei nun ein Gebäude frei geworden. Mitarbeitende aus den Fachbereichen 500 und 600 sowie des AWO Bezirksverbandes Oldenburg hätten sich daher zusammengesetzt

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.06.2024

und überlegt, das frei gewordene Gebäude zu nutzen. Die Idee sei, die beiden Sprachheilgruppen aus Pewsum nach Emden zu verlegen und aufgrund des Bedarfs auch eine dritte Gruppe zu integrieren. Weitere Informationen würden folgen, sobald diese vorliegen.

TOP 10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.